

Forderung des Forschungsrates an die Politik: Zukunftssicherung Österreichs braucht klares Bekenntnis der künftigen Bundesregierung zu Forschung und Entwicklung

**Um das in der FTI-Strategie definierte Ziel einer 3,76%-
Forschungsquote bis 2020 erreichen zu können, braucht
es zusätzliche 1,2 Mrd. Euro von Seiten des Bundes.**

Wien, 10. Oktober 2013: Vor dem Hintergrund der anstehenden Verhandlungen zur Regierungsbildung veröffentlichte der Rat für Forschung und Technologieentwicklung aktuelle Berechnungen des Wirtschaftsforschungsinstituts hinsichtlich des notwendigen Wachstumspfades in der öffentlichen Finanzierung von Forschung und Entwicklung.

„Die Bundesregierung hat sich in ihrer FTI-Strategie 2011 das Ziel einer Forschungsquote von 3,76% des BIP bis zum Jahr 2020 gesetzt. Aus den nun vorliegenden Zahlen des WIFO wird ersichtlich, dass es zur Erreichung dieses Zieles eines kumulierten zusätzlichen öffentlichen Finanzierungsvolumens von knapp 1,5 Mrd. Euro für die Jahre 2013 bis 2020 bedarfs, davon vom Bund ca. 1,2 Mrd. Euro“, so der Vorsitzende des Rates, Dr. Hannes Androsch.

Der Forschungsrat fordert die verantwortlichen PolitikerInnen deshalb auf, diese Berechnungen zum Thema bei den Regierungsbildungsverhandlungen zu machen, denn, so Androsch weiter:

„Wir sind uns der notwendigen Budgetkonsolidierung bewusst und haben immer wieder Diskussionen angeregt, wo sinnvoll gespart werden kann. Gleichzeitig gehen wir davon aus, dass auch die künftige Regierung das in der FTI-Strategie definierte 3,76%-Ziel verfolgen wird, da dies zur Stärkung der österreichischen Wettbewerbsfähigkeit und zur Zukunftssicherung des Landes dringend notwendig ist.“ Als beispielgebend nennt der Ratsvorsitzende hierbei Länder wie die Schweiz, die Niederlande und Deutschland, die trotz notwendiger Budgetkonsolidierungen in den vergangenen Jahren antizyklisch in Bildung und Forschung investiert haben.

„Aufgrund der langen Vorlaufzeiten braucht Forschung eine entsprechende Planungssicherheit bei der Finanzierung,“ so Androsch abschließend.

„Entsprechende Vorkehrungen sind daher im Rahmen der laufenden

Verhandlungen und den dabei zu definierenden Regierungszielen zu berücksichtigen.“

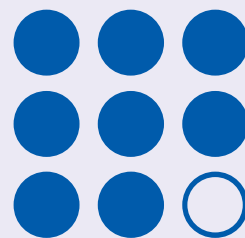
Rückfragehinweis:

DI Dr. Ludovit Garzik

Geschäftsführer des Rates für Forschung und Technologieentwicklung

Tel.: +43 (0)1 7131414

E-Mail: l.garzik@rat-fte.at



**austrian
council**